



In der Johannisbachaue auf der Ostseite des Viadukts (hinten im Bild) würde der Untersee entstehen. Im Vordergrund auf dem Bild ist der Obersee zu sehen.

Foto: Thomas F. Starke

Nach Abstimmung im Regionalrat zur Johannisbachaue – Vorwurf der Kooperation mit der AfD

Debatte um Untersee neu entbrannt

Von Hendrik Uffmann

HEEPEN (WB). Ein See mit Badestrand und Bootsverleih – diese Pläne für die Johannisbachaue gibt es seit Jahrzehnten. Doch Ziel einer Mehrheit im Stadtrat ist eigentlich, das Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen. Nachdem Bielefelds Vertreter von CDU und FDP im Regionalrat in Detmold aber jüngst dafür gestimmt haben, die Möglichkeit für einen See offen zu lassen, ist die Debatte darum neu entbrannt.

Und in dieser machen sich die Akteure – die politischen Parteien sowie Naturschutzverbände – gegenseitig Vorwürfe, und das in teils ruppigem Ton.

Während Klaus Feurich-Tobien, umweltpolitischer Sprecher der Grünen-Ratsfraktion, von „absoluter Ignoranz gegenüber dem Naturschutz“ spricht und CDU und

FDP vorwirft, die Entscheidung nur mit Stimmen der AfD durchgesetzt zu haben, erklärt Bielefelds FDP-Chef Jan Maik Schlifter, dass „vorgeliebliche Naturschützer und ihre Parteiorgane als notorische Standortbremsen es seit Jahrzehnten schafften, jede Überlegung, wie Bielefeld eine größere Wasserfläche zur Naherholung schaffen könnte, im Keim zu ersticken“.

Wie berichtet, ist derzeit ein neuer Regionalplan in Arbeit. In diesem wird festgelegt, welche Flächen in den Kommunen in OWL auf welche Art genutzt werden sollen. Dazu melden die Gemeinden ihre Vorstellungen an den Regionalrat. Bereits seit sieben Jahren laufen die Beratungen, im Herbst soll der neue Regionalplan verabschiedet werden.

Im Bielefelder Rat gab es in den vergangenen Jahren immer

wieder Mehrheiten, die das Gebiet der Johannisbachaue östlich des Obersees im Regionalplan als Naturschutzfläche ausweisen wollen – also das Areal, das für einen Untersee geflutet werden würde.

»Damit wird der Ratsbeschluss unterlaufen.«

Martin Enderle (Pro Grün)

In einer Sitzung des Regionalrates hatten Detlef Helling (CDU) und Jan Maik Schlifter (FDP) als Vertreter aus Bielefeld, wie berichtet, gegen eine Ausweisung der Johannisbachaue als Naturschutzgebiet gestimmt. Ihr Ziel: Sie wollen den Untersee als mögliche Option weiterhin im Regionalplan verankern.

Daraufhin gibt es nun massive Proteste von den Grünen sowie der Initiative Pro Grün. Der Verein Pro Grün wirft CDU und FDP vor, dass sie im Regionalrat gegen die Mehrheitsentscheidung in Bielefeld gestimmt haben. „Damit wird der Ratsbeschluss unterlaufen. Das ist sehr unverständlich und unsolidarisch“, sagt Martin Enderle von Pro Grün. Außerdem pochten auch die beiden Parteien immer wieder darauf, dass solche Planungshoheiten bei den Kommunen lägen, handelten nun aber anders.

Dass der Untersee, der bereits seit Jahrzehnten immer

wieder im Gespräch ist, jemals realisiert werde, sei unrealistisch, sagt Michael Blaschke von Pro Grün. „Wird die Johannisbachaue aber nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen, dann können wichtige Fördermittel nicht beantragt werden, mit denen das schon jetzt ökologisch sehr wertvolle Areal weiter aufgewertet werden könnte“, so Blaschke.

Massive Kritik kommt auch von den Grünen. „Bereits seit vielen Jahren liegt ein umfangreiches landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept Johannisbachtal-Obersee vor, das sowohl Naturschutz als auch Besuche berücksichtigt. Was CDU und FDP nun beschlossen haben, konterkariert all diese jahrelangen Bemühungen zu Gunsten des eigenen Klientels“, so Klaus Feurich-Tobien.

CDU und FDP behaupteten, dass ein Badesee für alle Bielefelder geschaffen werden könnte. Es sei jedoch seit langem klar, dass das Wasser niemals Badequalität haben würde. Vielmehr gehe es FDP und CDU darum, „teure Häuschen-am-See-Grundstücke zu schaffen“, behauptet Feurich-Tobien.

Sowohl Grüne als auch der Verein Pro Grün werfen CDU und FDP außerdem vor, bei der Abstimmung im Regionalrat „genau kalkuliert zu haben“, dass eine Mehrheit gegen das Naturschutzgebiet in der Johannisbachaue nur mit Stimmen der AfD zustan-

de gekommen ist.

Dies sei falsch, betont hingegen Jan Maik Schlifter. „Wir haben nie mit der AfD gesprochen.“ Und weiter: „Die rot-grüne Mehrheit im Bielefelder Rat wollte die Möglichkeit, dass Bielefeld in Zukunft mal einen See entwickeln kann, aus dem Regionalplan streichen. Für diesen Änderungswunsch braucht es im Regionalrat die Mehrheit der Stimmen. Da dort aber CDU, FDP und Freie Wähler genauso viele Stimmen haben wie SPD und Grüne, konnten CDU und FDP den Antrag unabhängig von der AfD verhindern.“

Über die Frage, ob Bielefeld die Option behält, in Zukunft mal einen größeren See zu bekommen, dürfe man streiten, so Schlifter. „Darüber aber der AfD nun nicht verdiente Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, ist einfach irrwitzig und sachlich nicht richtig.“



Martin Enderle (von links), Tilman Rhode-Jüchtern und Michael Blaschke vom Verein Pro Grün am Johannisbach.

Foto: Hendrik Uffmann



Jan Maik Schlifter, Vorsitzender der Bielefelder FDP.